

Butzbach, 20.07.2010

## Pressemitteilung

### **UWG Butzbach dankt Bodo Heil für seinen Beitrag in den Butzbacher Geschichts-Blätter vom 16.07.2010**

Wichtige kommunale Herausforderungen, wie die zukünftige Entwicklung der amerikanischen Wohnsiedlung darf man als verantwortungsvoller Kommunalpolitiker nicht nur aus der Sicht der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) sehen, die als Nachfolgegesellschaft der Bundesvermögensverwaltung ihr Areal nach kaufmännischen Regeln im Wege eines Immobilienmanagements vermarkten möchte.

Diese Konversionsfläche hat mit ihren interessanten Entwicklungschancen auch eine politische und gesellschaftliche Dimension für unsere Stadt.

Daher hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auch die Pflicht eng und vertrauensvoll mit den Kommunen als Träger der Planungshoheit zusammen zuarbeiten.

Bezüglich der vertrauensvollen Zusammenarbeit darf noch einmal erinnert werden, dass erst nach schriftlicher Aufforderung der UWG im Mai 2008 mit Hilfe der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Nina Hauer die unzumutbaren Zustände bezüglich der Umzäunung und der Sperrung des Geländes für Fußgänger und Schulkinder beseitigt wurden.

Weiterhin bedurfte es erst eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung auf Einleitung einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme auf der Grundlage von § 141 Abs. 3 BauGB. Hier hatte die UWG am 23.01.2009 einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung mit dem Ziel für die Konversionsfläche Roman Way Village eine städtebauliche Entwicklungssatzung gemäß § 165 ff. BauGB in die Wege zu leiten eingebracht und aufgrund dieses Antrags wurde am 19.05.2009 dann eine etwas mildere Maßnahme nämlich die Einleitung einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme auf der Grundlage von § 141 Abs. 3 BauGB durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Erst durch diesen Beschluss konnte gemäß BauGB eine Zusammenarbeit und die Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen und öffentlichen Aufgabenträger sowie eine Auskunftspflicht der BIMA gegenüber der Stadt Butzbach erreicht werden.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sind die historischen Beschreibungen von Bodo Heil von hoher moralischer und politischer Qualität.

In seinem Beitrag kann man unschwer erkennen, dass der Verkauf der Grundstücke an das Bundesvermögensamt in den Jahren 1953/54 durch Besatzungsrecht und der damit zusammenhängenden Wohnungsnot weit unter damaligen Wert erfolgte. Es wurde lediglich der Verkehrswert für landwirtschaftliches Gelände i.H.v. 2,00 DM pro qm

bezahlt, anstatt eines üblichen Baulandpreis i.H.v. 22,55 DM. Hierbei wurde in Enteignungsmanier das Areal vorher bereits beschlagnahmt und war schon teilbebaut, so dass die ursprünglichen Eigentümer bzw. die Vertreter der Stadt durch die geschaffenen Fakten eingeschüchtert waren und letztlich alternativlos dem Verkauf zustimmen mussten.

Diese Fakten mögen rechtlich nicht mehr einklagbar sein, haben jedoch für die Butzbacher Bevölkerung einen hohen moralischen und politischen Stellenwert. Die BIMA mag eine privatrechtlich organisierte Gesellschaft sein. Als Rechtsnachfolger der Bundesvermögensverwaltung und die Bundesrepublik als Eigentümer müssen sich die zuständigen politischen Vertreter auf Landes- und Bundesebene schon Fragen lassen, ob es unter demokratischen Verhältnissen vertretbar ist, dieses Areal unter kaufmännischen Regeln zu vermarkten und damit ein innerstädtisches Niemandsland zu provozieren, anstatt es zu einem symbolischen Preis an die Stadt Butzbach zurückzugeben.

Die kleinen Städte tragen durch die Schließung von Forstamt, Bahnhof, Amtsgericht, etc. schon eine hohe Last zur Haushaltskonsolidierung. Ein Weg der am Beispiel Bahn hin zur Privatisierung von der Masse der Bevölkerung nicht als erfolgversprechend eingeschätzt wird.

Politiker der staatstragenden Parteien werden immer weniger als die Interessenvertreter der Bürger wahrgenommen, sondern oftmals als Interessenvertreter von Lobbyisten (z. Bsp. ermäßigter Steuersatz bei Hotelübernachtungen).

Über die Folgen der Gesundheitsreform wurden in der Vergangenheit die Bürger seitens einer sogenannten Volkspartei auf dem Marktplatz aufgeklärt.

Wo jedoch bleibt die Aufklärung über dringend zu lösende Butzbacher Probleme?

Wann erfahren die Bürger von Butzbach endlich etwas verlässliches über die Zukunft der Konversionsfläche Roman Way Village Family Housing?

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Gerum  
(Vorsitzender UWG Butzbach)